



Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Wirtschaftspolitik, Maximilianstraße 7, A-6020 Innsbruck
Tel: 0800/22 55 22, Fax: +43 512 5340-1459
wirtschaftspolitik@ak-tirol.com, www.ak-tirol.com

Bundesarbeitskammer
Prinz-Eugen-Straße 20-22
1040 Wien

G.-Zl.: WP-IN-2021/2587/FAKL/SAZO
Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Mag. Fabian Klammer

DW: 1454

Innsbruck, 26.05.2021

Betrifft: Aktualisierung der Industriestrategie von 2020

Bezug: Ihr Schreiben vom 18.05.2021
zust. Referent: Berger Christian

Sehr geehrter Herr Berger,

die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol nimmt zur Aktualisierung der Industriestrategie 2020 der Europäischen Kommission wie folgt Stellung:

Am 10. März 2020 legte die Europäische Kommission den Grundstein für eine neue Industriestrategie vor, mit deren Umsetzung der Übergang in eine grüne und digitale Wirtschaft eingeläutet werden sollte. Einen Tag später wurde von der Weltgesundheitsorganisation WHO COVID-19 zur weltweiten Pandemie ausgerufen. Mit der vorliegenden Aktualisierung der Industriestrategie 2020 sollen neue Weichenstellungen und Lehren aus der Corona-Pandemie gezogen werden, um Europas Wirtschaft in Zukunft nachhaltiger, digitaler und vor allem wettbewerbsfähiger zu gestalten.

Obwohl Europas Industrie dank massiver staatlicher Unterstützungen vergleichsweise glimpflich durch die Krise gekommen ist, verdeutlicht die Pandemie die Risiken einer zu großen Abhängigkeit Europas von kritischen Gütern und Dienstleistungen aus Fernost und anderen Billiglohnländern. Insbesondere im Bereich von Medizinprodukten und Arzneimitteln wurde diese Abhängigkeit deutlich

sichtbar. Entscheidungsträger fordern daher eine Abkehr von der Globalisierung der letzten Jahrzehnte und gleichzeitig die Position Europas in der Welt neu zu überdenken. Insbesondere die Abhängigkeit von China offenbart, dass zur Stärkung der europäischen Wirtschaft dringend eine Trendumkehr von einer teilweise auch selbst verschuldeten Situation von Nöten ist. Angetrieben von Gründen der Kostenminimierung wurden in den letzten Jahrzehnten teilweise ganze Industriezweige von Europa in Billiglohnländer verlagert, wodurch massive Abhängigkeitsverhältnisse selbst geschaffen wurden.

Der von der Kommission angestrebte Übergang in ein grünes und digitales Wirtschaftssystem (*green and digital transformation*) wird durch diese Abhängigkeitsverhältnisse in vielerlei Hinsicht erschwert. Einerseits belegt eine Analyse der Europäischen Kommission, dass zur Vorantreibung dieser Transformation ein sehr hoher Anteil dafür benötigter Rohstoffe durch Importe aus Billiglohnländern (insbesondere aus China) gedeckt werden muss. Die voranschreitende Industrialisierung in ost- und südostasiatischen Schwellenländern führt in diesen Regionen jedoch zu einer stark steigenden Nachfrage derartiger Produkte. Lithium-Ionen-Batterien beispielsweise, die für die Produktion von Elektroautos benötigt werden, stammen heute schon größtenteils aus China. Europa könnte hierbei bereits jetzt das Nachsehen haben, da diese Rohstoffe und Produkte aufgrund der stark steigenden Nachfrage in China in Zukunft womöglich nur mehr beschränkt nach Europa exportiert werden könnten. Auch angesichts jüngster Handelskonflikte mit den USA setzt die chinesische Führung zur Generierung von Wirtschaftswachstum zusehends auf eine Ankurbelung des innerstaatlichen Konsums, um dadurch seine inhärente Exportabhängigkeit insbesondere in Krisenzeiten zu reduzieren. All diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass Europa ohne entsprechendes Gegenlenken in zukunftssträchtigen Technologien Gefahr läuft, weiterhin auf Lieferungen aus China abhängig zu sein.

Der Großteil des weltweiten Güterverkehrs wird über den Seeweg mit Hilfe von Containerschiffen abgewickelt. Diesbezüglich keinerlei Erwähnung findet in dem vorliegenden Entwurf jedoch die Tatsache, dass eine Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit alleine dadurch erzielt werden könnte, wenn in der Bepreisung weltweiter Lieferketten externe Kosten mitberücksichtigt werden würden. Globale Transportketten über den See- oder Luftweg sind mit erheblichen Umweltkosten verbunden. Würde die Bepreisung globaler Lieferketten gemäß dem Verursacherprinzip erfolgen, so wäre die Auslagerung vieler Industriezweige in Billiglohnländern schlichtweg unrentabel und Europa könnte dadurch seine Wettbewerbsfähigkeit automatisch stärken.

Zum Glück hat die Kommission erkannt, dass eine Reformierung der derzeitigen Industriestrategie zur Vollziehung eines ökologischen und digitalen Strukturwandels unabdingbar ist. Dennoch ist der vorliegende Entwurf großteils eine reine Problemschilderung der europäischen Industriepolitik und kommt in erster Linie wohl eher einem Lippenbekenntnis gleich, das zur Erreichung nachhaltiger Weichenstellungen für das europäische Wirtschaftssystem einiges an inhaltlicher Tiefe vermissen lässt.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:



Erwin Zangerl

Der Direktor:



Mag. Gerhard Pirchner